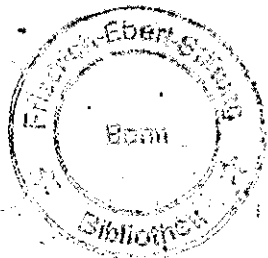


**Für
Freiheit,
Arbeit und
Frieden!**

A 98 - 03344

Die nachstehende Erklärung des Komitees für Freie Gewerkschaften der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation ist am 26. Mai d. J. dem Präsidenten Truman und dem Staatssekretär Marshall unterbreitet worden.

A 98 - 03344



Für Freiheit, Arbeit und Frieden!

Der totalitäre Kommunismus hat bei den jüngst stattgefundenen italienischen Wahlen einen ersten Rückschlag erlitten. Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat dem Europäischen Wiederaufbauprogramm (ERP) seine Zustimmung erteilt. Die praktische Durchführung einer kontinentalen Zusammenarbeit zum Zwecke des europäischen Wiederaufbaues hat begonnen. Die Kräfte, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die politische Freiheit und die internationale Harmonie erstreben, sind von neuer Hoffnung und von gesteigertem Selbstvertrauen erfüllt. Die Unterzeichnung des geschichtlich bedeutsamen Paktes von Brüssel ist ein neuer Beweis der Entschlossenheit der westeuropäischen Länder, bei ihrer gemeinsamen Verteidigung und bei der Wahrung ihrer Sicherheit zusammenzuwirken. Nichtsdestoweniger dürfen die demokratischen und friedliebenden Länder und darf die freie Arbeiterbewegung nicht diese wichtigen und ermutigenden Ereignisse zum Anlaß für Illusionen über die wirkliche Weltlage nehmen.

Es ist noch ein langer Weg bis zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der ganzen Welt, ein Weg, auf dem viele Schwierigkeiten zu überwinden sind. Imperialistische Ausbrei-

tung, rücksichtsloser Ausdehnungsdrang unter dem Banner des Panlawismus, fieberhafte Versuche, chaotische Zustände zu schaffen, um so die demokratischen Regierungen zu untergraben, und der fanatisch entschlossene Wille, die Demokratie zu zerstören, um sie durch die bolschewistische Abart der totalitären Despotie zu ersetzen — das ist nach wie vor das Wesen der russischen Außenpolitik. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei, die Krise in Berlin, der langwierige und auf weiten Fronten geführte Bürgerkrieg in China, der dunkle Schatten des Neu-Zarismus, der über die skandinavischen Länder fällt, die bedrohliche Lage in Korea und die Manöver, mit denen Moskau die Organisation der Vereinten Nationen lahmzulegen sucht — sind alles Tellstücke eines einheitlichen Sowjetplans, dessen Zweck das Weltchaos und die Welt Herrschaft sind.

Der Brennpunkt der gesamten internationalen Krise ist jedoch Deutschland. Allmählich sollte es für jedermann klar geworden sein, daß die jetzigen Verhältnisse in Deutschland und die gegenwärtigen Beziehungen unter den Besatzungsmächten eine Bedrohung des Weltfriedens und ein Verhängnis für das deutsche Volk darstellen und den europäischen Wiederaufbau zu vereiteln drohen. Kein Wiederaufbau des

europäischen Kontinents ist ohne den Wiederaufbau Deutschlands möglich. Der Leidtragende der gegenwärtigen tragischen Situation und der widersinnigen Beziehungen unter den vier Mächten ist das deutsche Volk. Seine Aussichten für die Entwicklung einer auf soliden Grundlagen beruhenden Demokratie werden dadurch schwer gefährdet. Elend, Armut und Verzweiflungstimmungen breiten sich infolge dieser Verhältnisse in seinen Reihen aus. Der Betrug und Wahnsinn der Viermächteherrschaft hat nur dazu gedient, es den Russen zu ermöglichen, den Wiederaufbau und die Herstellung stabiler Verhältnisse in Westdeutschland zu hindern und in ihrer eigenen Zone die unumschränkte und terroristische Sowjet Herrschaft und eine rücksichtslose Anceignungspolitik zu betreiben. Die Russen sind nicht davor zurückgeschreckt, die schlimmsten Methoden der Nazis wieder einzuführen — die Konzentrationslager der Gestapo, die rücksichtslose Unterdrückung aller politisch Andersdenkenden und ein brutales Besatzungssystem. Die demokratischen Besatzungsmächte haben faktisch nichts getan, als sich mit dieser Wiedereinführung aller der Uebel, gegen die die demokratischen Völker gekämpft haben, abzufinden. Während die demokratischen Mächte auf ein Viermächteabkommen hofften und warteten

und sich bemühten, ein solches zu erreichen; hat die Sowjetdiktatur ihre rücksichtslose Ausplünderungs- und Unterdrückungspolitik fortgesetzt.

Wenn Europa und die Welt sich der Segnungen der Freiheit, des Wiederaufbaus und des Friedens erfreuen sollen, darf es keine dauernde Aufteilung von Deutschland in Einflussphären geben. Mit der verhängnisvollen Methode der Behandlung Deutschlands, das im Herzen Europas liegt, als einer Kolonie oder einer getarnten Kombination von Kolonien muß endgültig Schluß gemacht werden. Diese Methode ist in einer Zeit, da die Kolonialherrschaft in Asien und in Afrika schrittweise abgeschafft wird, besonders verwerflich. Eine Fortsetzung dieser phantastischen Politik in irgendeiner Form, sei sie offen oder verhüllt, würde nur der russischen Angriffspolitik und den kommunistischen Quislingen der Russen in die Hände spielen. Wenn irgendeine demokratische Macht darauf besteht, die Deutschen als Nation zu demütigen, als Volk minderen Rechts zu behandeln, dann werden alle menschlichen Freiheiten, die den Deutschen als Individuen angeboten werden, völlig inhaltslos und wertlos bleiben.

Die Zeit für positive Schritte zur Errichtung einer wirklich demokratischen deutschen Republik ist gekommen. Was heute

In Deutschland notwendig ist, ist eine Regierung, die mit allen Attributen der Souveränität ausgestattet ist und über volle Autorität verfügt, sowie eine Wirtschaft, die die Fähigkeit und Möglichkeit hat, das deutsche Volk zu versorgen und ihren Anteil zum Wiederaufbau des europäischen Kontinents beizutragen. Es muß ein Deutschland sein, das politisch so frei und wirtschaftlich so gesund ist, daß es eine Anziehungskraft auf die Deutschen in der Sowjetzone ausübt, die noch immer durch die Gewalt russischer Bajonette von der Mehrheit des deutschen Volkes getrennt sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir die folgenden konkreten Maßnahmen vor:

1. Regierung kraft des Rechts der Eroberung soll abgeschafft und durch Regierung kraft der Zustimmung und des Willens des deutschen Volkes ersetzt werden.

2. Eine verfassunggebende Versammlung soll einberufen werden, die voll berechtigt ist, eine richtige Regierung zu schaffen, die nicht eine westdeutsche, sondern eine gesamtdeutsche Regierung sein soll. In der demokratisch gewählten verfassunggebenden Versammlung sollten für die Bevölkerung der Ostzone Sitze offen gelassen werden, bis Deutschland wieder völlig geeinigt ist.

3. Die verfassungsgebende Versammlung soll voll berechtigt sein, den Charakter der Wirtschaftsordnung und die Eigentumsformen zu bestimmen, sowie die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen zu erlassen und über alle lebenswichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik, vor denen das deutsche Volk heute steht, in demokratischer Weise zu entscheiden.

4. Die verfassungsgebende Versammlung soll das uneingeschränkte Recht haben, eine Verfassung auszuarbeiten, die eine Erklärung der Grundrechte enthält, welche die demokratischen Freiheiten und lebensfähigen demokratischen Institutionen gewährleistet. Die Besatzungsmächte sollen weder einzeln noch gemeinsam irgendeinen Versuch unternehmen, die verfassungsgebenden Rechte der verfassungsgebenden Versammlung einzuschränken.

5. Unsere Regierung und die anderen demokratischen Regierungen sollten eindeutig erklären, daß sie die Grenzlinie in Ostdeutschland, die heute lediglich durch die Waffengewalt des polnischen Vasallenstaates der Russen aufrechterhalten wird, nicht als endgültig anerkennen. Die endgültigen Grenzen der unabhängigen und souveränen deutschen Republik sollten von der Organisation der Vereinten Nationen im Einklang mit den Prinzipien der Atlantischen

Charta festgesetzt werden. Alle Versuche, Deutschland zu zerstückeln oder Teile davon, wie z. B. das Ruhrgebiet zum Gegenstand sogenannter Internationalisierungspläne zu machen, sollten aufgegeben werden, weil sie für die Herstellung einer kraftvollen deutschen Demokratie, ihre Eingliederung in die europäische demokratische Front und ihre Fähigkeit, den ihr beim europäischen Wiederaufbau entfallenden Anteil voll auszuüben, verderblich sein würden.

6. Im Einklang mit dem Europäischen Wiederaufbauprogramm sollte ein gesteigerter Zustrom von Lebensmitteln für das deutsche Volk und von Rohstoffen für die industriellen Betriebe Deutschlands einsetzen, welche letztere allesamt für den Wiederaufbau eingespannt werden sollten. Das Komitee für freie Gewerkschaften der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation wiederholt hiermit seine Forderung, daß alle Demontagen deutscher Betriebe eingestellt werden und daß dies als die offizielle Politik der Besatzungsmächte verkündet werde.

7. Ohne den Rechten der künftigen deutschen Regierung vorzugreifen, sollten die Besatzungsmächte im Interesse der Beschleunigung des Wiederaufbaus Maßnahmen treffen, um die folgenden Ziele zu erreichen:

a) Die gegenwärtige Lohnstopp-Politik sollte aufgehoben werden, um die Entwicklung unbehinderter Tarifvereinbarungen als der grundlegenden Methode der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

b) Eine Währungsreform sollte durchgeführt werden. Bei der Wiederaufwertung der Mark sollten jedoch die Interessen der Massenorganisationen des werktätigen Volkes, insbesondere der Gewerkschaften, die notwendige Berücksichtigung finden, damit diese Organisationen imstande sind, sich auch weiterhin zu immer kräftigeren Bollwerken der Demokratie zu entwickeln.

c) Ein gerechtes Steuersystem sollte eingeführt werden.

8. Bei der Schaffung einer kraftvollen Demokratie in Deutschland spielt die freie demokratische Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang sind die Gewerkschaften unerlässlich. Ohne eine freie Gewerkschaftsbewegung kann es keine Demokratie in Deutschland geben. Die freie Gewerkschaftsbewegung ist nicht bloß eine der zahlreichen Kräfte, die für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland wesentlich sind, sondern ein entscheidendes Bollwerk der Demokratie. Das ist insbesondere durch die überragende Bedeutung des wirtschaftlichen Wiederauf-

baus in dem durch den Krieg verwüsteten Deutschland gegeben. Aus diesem Grunde ist es — in Vorbereitung der Errichtung einer demokratischen deutschen Regierung — eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Militärregierungen der drei Westzonen den wirklich freien Gewerkschaften alle Häuser, Büroeinrichtungen und Guthaben zurückerstatten, die diesen von der Deutschen Arbeitsfront der Nazis gestohlen wurden.

Es ist eine Forderung der elementaren Gerechtigkeit, daß eine solche Wiedergutmachung zugunsten der Arbeiterorganisationen erfolgt, die die ersten Opfer der Hitlerdiktatur gewesen sind. Darüber hinaus ist es ein Gebot der Vernunft, alles zu tun, um die freien Gewerkschaften als starke Stützpunkte der Demokratie zu fördern. Wenn es den Kommunisten je gelänge, sich der Herrschaft über die deutschen Gewerkschaften zu bemächtigen, dann würde ganz Deutschland eine leichte Beute für sie sein. Eine solche verhängnisvolle Entwicklung würde das Ende des Europäischen Wiederaufbauprogramms bedeuten, würde heißen, daß Stalins Horden ganz Europa überrennen und daß alle Hoffnungen und Aussichten, den Weltfrieden zu sichern, zusammengebrochen sind.

9. Wir müssen das deutsche Volk davon

überzeugen, daß es die Möglichkeit hat, eine freie Wahl zwischen dem Zusammenschluß mit den westlichen Demokratien oder dem Zerfall im Rahmen der östlichen totalitären Tyrannei zu treffen. In diesem Geiste sollte die neue gewählte demokratische Regierung Deutschlands aufgefordert werden, an der Westeuropäischen Union teilzunehmen.

10. Mit der Verantwortung für eine auch nur zeitweilige Aufspaltung Deutschlands sollten diejenigen belastet werden, die wirklich daran schuld sind, nämlich das Sowjetregime mit seiner imperialistischen Expansionspolitik. Amerika und die anderen demokratischen Länder sollten infolgedessen die russische Regierung auffordern, ihre Versuche aufzugeben, irgendeinen Teil Deutschlands durch die Errichtung eines totalitären Regimes in dem betreffenden Gebiet von dem Rest des Landes loszureissen bzw. die Unabhängigkeit des deutschen Volkes dadurch zu zerstören, daß ganz Deutschland durch die Schaffung einer kommunistischen Quisling-Regierung zu einem Vasallenstaat im Rahmen der totalitären Herrschaftssphäre Sowjetrußlands gemacht wird.

11. Um der gegenwärtigen beklagenswerten Lage Deutschlands, die eine Bedrohung des Weltfriedens darstellt, ein Ende zu be-

reiten, sollten die Demokratien die Initiative ergreifen und durch die Organisation der Vereinten Nationen Rußland auffordern, alle seine bewaffneten Kräfte und Agenten aus Deutschland zurückzuziehen, allen entführten deutschen Arbeitern, Technikern und Industriellen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen, sowie alle Kriegsgefangenen als auch alle antinazistischen politischen Gegner, die von den Russen in Konzentrationslager gebracht worden sind, freizulassen. Sobald alle russischen Truppen abgezogen sind und die volle Freiheit der Vereinigung und der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hergestellt ist, sollten die amerikanischen, britischen und französischen Truppen gleichfalls zurückgezogen werden. Nur dann wird die Bevölkerung Ostdeutschlands wirklich in der Lage sein, sich frei mit den Westzonen zu vereinigen und ihren rechtmäßigen Platz als ein organischer Bestandteil eines wirklich unabhängigen und souveränen Deutschlands einzunehmen. Bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Bedingungen im vollen Umfange erfüllt sind, sollten die Truppen der Westmächte in angemessener Stärke verbleiben, und zwar lediglich zu dem Zwecke, das deutsche Volk und Westeuropa als Ganzes gegen jeden Versuch Rußlands, sein Besatzungs- und Herrschaftsgebiet aus-

zudehnen, zu schützen. Sobald eine deutsche Regierung geschaffen ist, sollte die Rechtslage der in Deutschland verbleibenden ausländischen Truppen durch einen Vertrag zwischen allen beteiligten souveränen Parteien geregelt werden, d. h. zwischen Deutschland und den Regierungen der Westmächte.

12. Die Vereinigten Staaten sollten ohne Verzug erklären, daß sie den Gedanken eines gemeinsamen Verteidigungspaktes der freien Länder Europas vollauf unterstützen. Es gibt kein wirksameres Mittel, um den Expansionseifer Moskaus abzukühlen, als eine amerikanische Versicherung an die demokratischen Völker, daß die Vereinigten Staaten ihre kollektiven Bemühungen ergänzen und unterstützen werden, deren Ziel es ist, ihre Kräfte im Falle der Bedrohung eines dieser Völker durch einen Angriff gemeinsam aufzubieten und zu gebrauchen. Amerika sollte seine kategorische Gegnerschaft gegen jede weitere Ausdehnung der sogenannten Einflussphäre der Sowjetunion erklären, ganz gleich wie begrenzt auch das ursprüngliche Objekt einer solchen Ausdehnung sein mag. Die Ergebnisse und Errungenschaften auch des erfolgreichsten Europäischen Wiederaufbauprogramms würden schwer bedroht sein, wenn die daran beteiligten Länder nicht

auf entsprechende politische Sicherungen seitens der Vereinigten Staaten und im Falle eines Angriffs durch imperialistische Kräfte, die dem europäischen Wiederaufbau feindselig gegenüberstehen, auf angemessenen militärischen Schutz durch Amerika rechnen können. In der gegenwärtigen akuten Krise kann es ohne militärische Sicherheit keine feste Demokratie und keine dauerhafte Prosperität geben. Wir warnen insbesondere vor denjenigen, die sich als Vorkämpfer gegen den kommunistischen Totalitarismus im eigenen Lande aufspielen, dabei aber eine Politik des Isolationismus — und in ihrer praktischen Auswirkung der Konzessionen an den russischen Imperialismus — befürworten, wodurch sie lediglich der weltweiten kommunistischen Propagandamaschine Vorschub leisten.

Schlussfolgerungen

In der heutigen Zeit ist weder übertriebener Optimismus noch Selbstzufriedenheit angebracht. In der heutigen Zeit ist Zögern und Schwanken nicht am Platze. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist auch nicht dazu angetan, sich an die Abmachungen von Teheran und Jalta zu klammern, die von der russischen Regierung systematisch und hartnäckig verletzt worden sind. Die neue Situation verlangt eine neue Politik. Sich an eine wurmstichig gewordene Politik zu

klammern, heißt in der Vergangenheit leben, eine klägliche Gegenwart haben und Niederlage und Vernichtung in der Zukunft heraufbeschwören. Die demokratischen friedliebenden Länder können sich kein Zögern mehr erlauben und haben keine Zeit mehr zu verlieren. Es ist an der Zeit, den Versuchen ein Ende zu machen, die Kriege, die gestern gewonnen worden sind, noch einmal durchzufechten. Amerika muß eine energische und führende Rolle spielen, um den Krieg von morgen zu verhüten. Es ist nicht unser Ziel, eine Welthegeonomie der Vereinigten Staaten zu errichten. Es ist nicht unser Ziel, anderen Ländern spezifisch amerikanische Einrichtungen aufzuzwingen. Unser Ziel ist es, die demokratischen Kräfte der ganzen Welt zum Schutz und zur Förderung der grundlegenden Ideale der menschlichen Freiheit und des sozialen Fortschritts, die der gesamten freiheitsliebenden Menschheit gemeinsam sind, zu sammeln und zu vereinigen. In diesem Geiste und um zur Erreichung dieses Ziels beizutragen, schlägt das Komitee für Freie Gewerkschaften der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation die oben angeführten Maßnahmen als Richtlinien für den Aufbau einer Welt vor, in der Demokratie, Wohlstand und Friede herrschen sollen.